

Familienpass ausbauen!

LIPPSTADT Teilhabe am gesellschaftlichen Leben muss es für alle Menschen geben! Es geht darum jeder und jedem - unabhängig vom Portmonee - die Teilnahme an Musikunterricht, VHS-Kursen oder den Besuch im Freibad möglich zu machen. DIE LINKE beantragte im Rat den Familienpass auszubauen, so dass auch Niedrigverdiener ...

Weiterlesen auf Seite 5

Visionen für die Zukunft Warsteins

WARSTEIN Warstein muss in Schwung kommen! Ob aber das vorgelegte Konzept „Neue Mitte“ der Firma Böninghoff der große Wurf ist, da haben wir doch starke Zweifel. Warum muss ein intaktes Rathaus komplett abgerissen werden? Unsere Vision geht viel weiter, wir wollen Warstein als das „Venedig des Sauerlandes“ ...

Weiterlesen auf Seite 7

Sorgen nehmen statt Ängste bedienen

SOEST Der Bürgermeister sagte während der Haushaltsberatungen, dass Soest arm sei und kein Geld hätte. Soest hätte keine 10.000 Euro für Kulturförderung, keine 30.000 Euro für den Jugendtreff im Soester Süden. Aber Soest scheint so reich zu sein, dass es sich drei neue Hilfssheriffs für 150.000 Euro im Jahr leisten will! ...

Weiterlesen auf Seite 6

Abstimmung mit den Füßen

WERL Der Schock der Schulverwaltung in Werl war groß als die Anmeldezahlen für die weiterführenden Schulen (Hauptschule und Realschule) 2010 feststanden. Immer mehr Eltern weichen der dreigliedrigen Schullandschaft in Werl aus und melden ihre Kinder in den Gesamtschulen der Nachbarstädte Soest, Hamm und Unna an. ...

Weiterlesen auf Seite 8



Sommerfest DIE LINKE. Kreis Soest in Lippstadt-Lipperode

Die Menschen haben allen Grund, wütend zu sein

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Haben Sie den Linksblick?! Den Durchblick?! Was meinen die herrschenden Parteien eigentlich mit dem Begriff „Bürgernähe“? Was ist unter „Armutsbekämpfung“ zu verstehen? Für wen gibt es Recht im „Rechtsstaat“?

Kampfgestalten, die man sonst nur aus jugendgefährdenden brutalen Computerspielen kennt, haben 13, 14 und 15-jährige Jungen und Mädchen geschlagen, getreten, weggeschleift und mit Kampfgasen und knüppelartigen Wasserstrahlen traktiert und verletzt. Die Verpulverung von Milliarden für das Wahnsinnsprojekt Stuttgart 21 wird gnadenlos durchgesetzt. Milliardengrab statt Flächenbahn. **Bürgernähe brutal.**

Die Abschaffung des Elterngeldes

für schwangere Arbeitslose ist eine klare Ansage: Kinder aus armen Familien sollen erst gar nicht auf die Welt kommen. So stellt sich die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung und der SPD-Rassist Sarrazin wohl die Beseitigung der Kinderarmut vor. Armen wird das Elterngeld gestrichen, Normalverdiener bekommen das Elterngeld von 67 auf 65 % gekürzt und die Besserverdienenden bleiben verschont. **Armutsbekämpfung: Bekämpfung der Armen.**

Das Bundesverfassungsgericht urteilte, die Berechnung des Existenzminimums muss nachvollziehbar werden. Die Regierung nimmt dafür Maß an den Menschen, die unterhalb des Existenzminimums leben und zu Hungerlöhnen arbeiten und damit nur etwas weniger arm sind als diejenigen, die keine Erwerbsarbeit haben. **Rechtsstaat im Dienste der Lohndrücker.**

Die Regierung hat das größte Kürzungspaket in der Geschichte der Bundesrepublik beschlossen. Die Menschen haben allen Grund, wütend zu sein und diese Wut auf die Straße zu tragen. Gelegenheit dazu ist unter anderem am 13. November in Dortmund. Wir rufen dazu auf, sich an den Protesten zu beteiligen. Nur Protest wird diese Regierung bremsen!

Es gilt: Aufstehen gegen Sozialabbau, Rente erst mit 67, boomende Leiharbeit und Krankenkassenzusatzbeiträge! Für einen schnelleren Atomausstieg, für den gesetzlichen Mindestlohn, eine menschenwürdige Grundsicherung und die Einführung der Millionärssteuer!

Für die kleinen Leute im Kreis Soest ...

Sie streiten vor Ihrer Haus-

tür - zwischen maroden öffentlichen Einrichtungen, Ausbeutungsbetrieben, Tafeln und Billigläden - für eine schönere Welt. In den Parlamenten im Kreis Soest engagieren sich die KommunalpolitikerInnen der LINKEN seit Herbst 2009 oft als einzige gegen Kürzungspolitik und für den Erhalt von Jugendtreffs, Schwimmbädern, für Schulspeisung, mehr Ausbildung und den Sozialpass. In diesem *Linksblick* stellen wir Ihnen diese Rats- und Kreistagsmitglieder vor. Sie können gerne Kontakt aufnehmen und sind willkommen auf den Veranstaltungen der Partei DIE LINKE im Kreis Soest (siehe Seite 12).

Die Redaktion wünscht Ihnen viele Denkanstöße beim Lesen dieser zweiten Ausgabe. Über Anregungen und Kritik würden wir uns freuen. Für die geleistete Mithilfe aus der Leserschaft bedanken wir uns.



MdB Kathrin Vogler in Werl

Gesundheit ist keine Ware

Berlin/Kreis Soest Interview mit der Bundestagsabgeordneten Kathrin Vogler

Linksblick: Sehr geehrte Frau Vogler! Seit 2009 wird die Höhe der Beiträge zur gesetzlichen Krankenkasse durch die Bundesregierung festgesetzt, Kassen, die damit nicht auskommen, können Zusatzbeiträge erheben. Welche Folgen hat dies für die Versicherten?

Kathrin Vogler: Mit den Zusatzbeiträgen hat die Große Koalition die Versicherten einseitig belastet. Schon vorher zahlten sie 0,9% mehr in die Krankenkassen ein als die Arbeitgeber. Dazu kommen ja schon länger die Praxisgebühren und Zuzahlungen zu Medikamenten und anderen Leistungen, die nur Kranke treffen. Das heißt, wir erleben auch im Gesundheitswesen eine Umverteilung zu Lasten der Beschäftigten, der Rentnerinnen und Rentner, der Studierenden und der Erwerbslosen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung setzt diese Umverteilung jetzt massiv fort und verschärft sie noch.

Linksblick: Die schwarz-gelbe Regierung und Bundesgesundheitsminister Rösler planen laut Koalitionsvertrag zum Jahr 2011 eine Kopfpauschale einzuführen. Die Kassenbeiträge würden sich dann nicht mehr am Einkommen orientieren, sondern wären für alle gleich. Das hört sich doch gerecht an, oder nicht?

Kathrin Vogler: Das ist absolut nicht gerecht. Wenn ich als Bundestagsabgeordnete mit einem

Bruttoeinkommen von 7.800 Euro denselben Beitrag zahlen soll wie ein Friseurgeselle mit 1.000 Euro oder eine Rentnerin mit 600 Euro Rente, dann ist das absolut unsozial. Schon die „kleine Kopfpauschale“, die Rösler jetzt einführen will, ist ungerecht. Ein Beispiel: Monatliche Zusatzbeiträge von 20 Euro wären für den Friseur eine Belastung von zwei Prozent, für mich wären es nur knapp 0,4 Prozent.

Linksblick: Und was ist mit dem versprochenen Sozialausgleich?

Kathrin Vogler: Den würde unser Friseur aus dem Beispiel von vorher gar nicht bekommen, denn bis zu zwei Prozent des Einkommens gibt es keinen Sozialausgleich. Auch ist noch völlig unklar, wie das Ganze etwa für Studierende oder freiwillig Versicherte organisiert werden soll. Außerdem wird nicht der tatsächliche Beitrag hergenommen, sondern ein irgendwie berechneter „durchschnittlicher“ Zusatzbeitrag. Das heißt, wer trotz hoher Beiträge die Kasse nicht wechseln kann, zahlt auf jeden Fall noch mehr – und das trifft vor allem wieder chronisch Kranke, Ältere und Menschen mit Behinderungen, denn Kassenwechsel ist erfahrungsgemäß eher ein Sport für jüngere und gesunde Versicherte.

Linksblick: Frau Vogler, Sie sind stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses. Was fordert ihre Partei DIE LINKE?

Kathrin Vogler: Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversiche-

rung für alle, die alle notwendigen Behandlungen bezahlt und in die jeder Mensch, auch der Beamte oder die Selbstständige, nach seinem Einkommen prozentual denselben Beitragssatz einzahlt. Nach unseren Berechnungen wären das statt heute 15,5 nur noch etwa zehn Prozent des Einkommens, weil wir auch Einkünfte aus Zinsen, Mieten oder Honoraren einbeziehen würden. Bei den Beiträgen aus Erwerbsarbeit wollen wir die Arbeitgeber wieder zur Hälfte beteiligen – auch für sie wäre das weniger als heute. Dafür könnten wir die Praxisgebühr und alle Zuzahlungen abschaffen.

Linksblick: Danke für das Gespräch.



Kathrin Vogler (DIE LINKE), Bundestagsabgeordnete aus dem Kreis Steinfurt, besuchte im September Werl und Wickede (Ruhr)

Rüttgers ist weg!

NRW Wir bedanken uns bei Ihnen für Ihre Stimme. DIE LINKE zog bei der Wahl am 9. Mai 2010 mit 5,6 % und 11 Abgeordneten in den Düsseldorfer Landtag ein. Wir hatten allen Grund zum Feiern, unsere Wahlziele waren erreicht. Schwarz-Gelb war abgewählt und es tat sich rechnerisch die Möglichkeit für einen Regierungswechsel auf.

DIE LINKE war bereit für ernsthafte Gespräche über den Eintritt in eine rot-grün-rote Landesregierung. Bei SPD und Grünen war dazu leider kein Wille zu erkennen. Sondierungsgespräche in NRW im Jahr 2010 an dem Verhältnis zur 1990 zu Recht untergegangenen DDR-Diktatur scheitern zu lassen, ist völlig absurd. Am Politikverständnis von SPD und Grünen ist zu zweifeln, denn diese verlangten von der LINKEN, dass sich Fraktion und Partei nicht an Protesten gegen die Landesregierung mit außerparlamentarischen Kräften beteiligt. Es sollten tausende nicht zur Wiederbesetzung vorgesehene Stellen des Landes auch bei einer SPD-geführten Regierung entfallen und Teile der WestLB privatisiert werden. DIE LINKE wird keine Regierung unterstützen, die Privatisierungen, Personal- und Sozialabbau vornimmt. Alles andere wäre nichts als die Fortsetzung der Politik der vergangenen Jahre.

DIE LINKE steht der jetzigen Minderheitsregierung nicht als bloßer Mehrheitsbeschaffer zur Verfügung. Ob Fortschritte ohne die Initiativen der LINKEN Realität werden, darf infrage gestellt werden. DIE LINKE hat schon dringliche Anträge in den Landtag eingebracht:

- Studiengebühren sofort abschaffen
- Kopfnote müssen ebenso weg
- Wiedereinführung der Grundschulbezirke
- Mehr Mitbestimmung für Schülerinnen und Schüler
- Aufhebung der Residenzpflicht für Flüchtlinge
- Beseitigung der wirtschaftlichen Fesseln der Stadtwerke
- Einstellung von mehr SteuerprüferInnen
- Abschiebestopp für Roma aus dem Kosovo sowie Flüchtlingen aus Syrien

Konkreten Verbesserungen für die Menschen wird DIE LINKE im Landtag zustimmen. Wir stehen aber nicht dafür bereit, notwendige Schritte wie die Abschaffung der Studiengebühren auf die lange Bank zu schieben.



Keine Abschiebung ins Kosovo

KREIS SOEST Liebe Leserinnen und Leser, jetzt sind wir schon ein Jahr lang im Soester Kreistag vertreten, und ich glaube auch gut angekommen. Die Anfangsphase ist vorbei, wir haben die Abläufe verstanden und können uns jetzt voll auf die politische Arbeit konzentrieren. Bei den Machtverhältnissen im Soester Kreistag ist es sicher schwer direkt was zu verändern, wir werden aber durch Aufzeigen der Fehler der anderen Parteien klar machen, dass wir für eine andere Politik stehen, die sich auch auf Kreisebene durchsetzen wird.

Als konkretes Beispiel möchte ich den Antrag gegen die **Abschiebung** von Minderheitsangehörigen aus dem Kosovo nennen, den wir zeitgleich mit den Grünen für den Asylarbeitskreis Soest in den Kreistag eingebracht haben. In der Resolution geht es darum, dass der Kreistag Soest an die Innenminister von NRW und Bund appelliert, hier genauer zu prüfen, ob eine Abschie-

bung in den Kosovo derzeit überhaupt möglich ist. Nach Schilderungen von Menschen, die im Kosovo die Lage vor Ort gesehen haben, sind die Verhältnisse dort katastrophal und es ist auf keinen Fall möglich, Roma, die dort immer noch sehr abfällig behandelt werden, hin zu schicken. Wir hoffen, dass der Kreistag sich einstimmig hinter diese Resolution stellt und damit ein eindeutiges Signal aus dem Kreis Soest an die Innenminister geht!

Mit einem weiteren Antrag versuchen wir, die **Trinkwassergewinnung** im Warsteiner Massenkalk gegenüber dem Steinabbau zu sichern. Hier droht durch einen Antrag der Firma Brühne, mit dem Steinabbau 30 Meter tiefer zu gehen das Versiegen der Quellen. Das muss auf jeden Fall verhindert werden! Unser Antrag, der das gleiche Ziel verfolgt wie der Antrag von LINKE-Ratsmitglied Hans-Otto Spanke an den Warsteiner Stadtrat, versucht durch Erhöhung der Wasserschutzklassen in Zukunft den

Steinabbau in Bereichen der Trinkwassergewinnung zu unterbinden.

Ein Antrag auf eine Bürgerschaft des **Flughafens Paderborn** lehnten wir natürlich ab, weil wir die Maßnahmen, die der Geschäftsführer des Flughafens im Kreisausschuss darstellte, für nicht dazu geeignet hielten, die Flugzahlen, die in den letzten Jahren stark eingebrochen sind, wesentlich zu erhöhen. Wenn man glaubt durch den Bau einer Halle für Flugzeugoldtimer oder Erweiterung des Duty Free Shops bei gleichzeitiger Einführung einer Parkgebühr die Flugzahlen zu erhöhen, ist man auf dem Holzweg! Leider konnten wir uns mit den Stimmen der Grünen und der SPD zusammen nicht gegen das konservative Lager durchsetzen.

Manfred Weretecki, Mitglied des Kreistages und Vorsitzender der LINKEN im Kreis Soest, Telefon 02925 3311



Manfred Weretecki

Der 55-jährige Telekommunikationstechniker und Betriebsrat ist Fraktionsvorsitzender im Soester Kreistag. Dort sowie im Kreisausschuss streitete er gegen die soziale Kälte der herrschenden Parteien. Anträge zur Armutsbekämpfung oder für das Bleiberecht von Roma trafen im Kreistag auf Ignoranz. Als Warsteiner unterstützt er den Trinkwasserschutz gegen die Steinindustrie. Sein politisches Lebensmotto lautet: „Du kannst nichts dafür, das die Welt ist, wie sie ist! Aber du bist Schuld, wenn sie so bleibt!“



Iris Fenzlein

Die 50-Jährige ist Fachkinderkrankenschwester und in der Pflege tätig. Im Kreistag, im Aufsichtsrat des Klinikums Stadt Soest und im Kreisgesundheitsausschuss will sie gegen Privatisierung und Zwei-Klassen-Medizin streiten. „Gesundheitsfür- und vorsorge sind gesellschaftliche Güter und gehören in öffentliche Hand. Gesundheit ist keine Ware! Wenn Profit erwirtschaftet werden soll, bleiben zwangsläufig die Interessen der betroffenen Menschen zurück. Die Leidtragenden sind die PatientInnen und das pflegerische Personal.“



Millionäre besteuern!



299 Millionen Euro für den Kreis Soest

Statt kürzen beim Elterngeld, bei Hartz-IV-EmpfängerInnen, Freibadschließungen, Rekordverschuldung und Steuergeschenken für Hoteliers brauchen wir die Millionärssteuer – jetzt!

Eine Millionärssteuer, wie die DIE LINKE sie fordert, würde in Deutschland jährlich 80 Milliarden Euro Mehreinnahmen bringen. Das sind umgerechnet auf den Kreis Soest 299 Millionen Euro pro Jahr. Noch nicht berücksichtigt ist dabei, dass die Zahl der Millionäre in Deutschland im vergangenen Jahr um 60.100 Personen oder elf Prozent auf 779.300 gestiegen ist.

Der Netto-Vermögensbestand, also abzüglich der Schulden, beläuft sich auf knapp 8 Billionen Euro. Das Geldvermögen belief sich Ende 2009 auf 4,64 Billionen Euro. Das private Geldvermögen in Deutschland ist von 2000 bis 2009 um 32 % gestiegen.

Kaum ein Land erzielt bei den vermögensbezogenen Steuern (Grund-, Vermögen-, Erbschaft- und Schenkungsteuer) so geringe Einnahmen wie Deutschland. Diese betragen in Deutschland gerade einmal 0,9 Prozent des Bruttoinlands-

produkts und damit weniger als die Hälfte des Durchschnitts der entwickelten Industriestaaten.

Die Vermögenssteuer wurde in Deutschland bis 1997 erhoben. Lediglich die Art ihrer Erhebung wurde für rechtswidrig erklärt, da Immobilien- und Grundbesitz steuerlich privilegiert war. In Anbetracht der Finanzmarktkrise will DIE LINKE die Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder einführen.

Ursache der Finanzkrise ist die zunehmende Umverteilung zugunsten der Reichen. Das Vermögenswachstum in den Händen weniger hat zur Aufblähung der internationalen Finanzmärkte geführt.

Allein in Deutschland sind in den letzten zehn Jahren rund eine Billion Euro zugunsten der Reichen umverteilt worden. Eine halbe Billion aufgrund zu niedriger Einkommen der Beschäftigten und zunehmenden Lohndumpings, eine weitere halbe Billion aufgrund von Steuergeschenken. Zur Abschöpfung des frei vagabundierenden Finanzkapitals ist eine Millionärssteuer notwendig.

DIE LINKE will die Profiteure der Finanzmärkte zur Kasse bitten. Kosten für Rettungsaktionen von Banken können so finanziert werden, ohne die breiten Schichten der Bevölkerung zu belasten.

Zuletzt wurden weitere 40 Milliarden Euro allein für die marode Bank „Hypo Real Estate“ bereitgestellt. Des Weiteren kann das Aufkommen zur Sanierung vor allem der unterfinanzierten Länder- und Kommunalhaushalte eingesetzt werden.

Der Steuersatz soll fünf Prozent betragen, bei einem Freibetrag von einer Million. So können jährlich 80 Milliarden Euro bei den wirklich Reichen abgeschöpft werden. Wir wollen die Umverteilung von unten nach oben stoppen und umkehren.

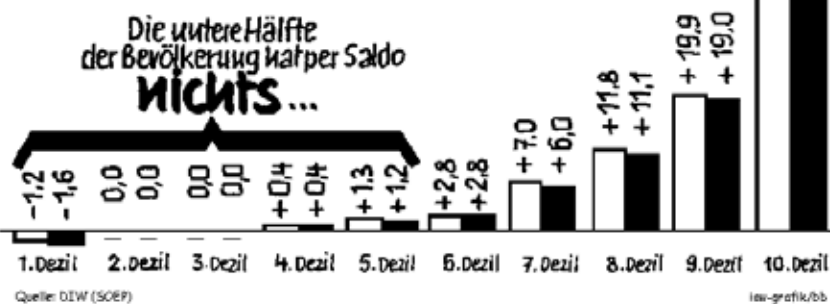
Ein normales Familienvermögen oder Omas ihr klein Häuschen sind nicht betroffen!

DIE LINKE Millionärssteuer-Konzept Einnahmen pro Jahr

Deutschland	80.000.000.000 Euro
umgerechnet auf ...	
... NRW	17.500.000.000 Euro
... den Kreis Soest	299.000.000 Euro
... Lippstadt	66.000.000 Euro
... Soest	48.000.000 Euro
... Werl	31.000.000 Euro
... Warstein	27.000.000 Euro
... Geske	20.000.000 Euro
... Erwitte	15.000.000 Euro
... Wickede (Ruhr)	12.000.000 Euro

Reiche werden immer reicher Arme noch ärmer...

Anteil am Nettovermögen in Deutschland
in % nach Bevölkerungsdezilen (Zehnteln)
Vergleich 2002 (weiß) zu 2007 (schwarz)





Michael Bruns

Der 37-jährige Werkzeugmechaniker und Betriebsrat Michael Bruns ist Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Rat der Stadt Lippstadt. Dort sowie im Haupt- und Finanzausschuss streitet er gegen Sozialkahltschlagspolitik und das finanzielle Ausbluten seiner Heimatstadt. Bürgermeister anderswo wehren sich gegen den Kürzungsdruck, leider nicht in Lippstadt. Auf unsere Anfragen zu den Gefahren für Stadt und Sparkasse aus der WestLB-Rettung sowie zur verfassungswidrigen Unterfinanzierung der Stadt durch das Land NRW bekamen wir keine befriedigenden Antworten und keine Zahlen genannt.

Familienpass ausbauen!

LIPPSTADT Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben muss es für alle Menschen geben! Es geht darum jeder und jedem - unabhängig vom Portmonee - die Teilnahme an Musikunterricht, Volkshochschulkursen oder den Besuch im Freibad möglich zu machen.

DIE LINKE beantragte den Familienpass auszubauen, so dass auch Niedrigverdiener ohne Kinder (bis 18.000 Euro Bruttojahreseinkommen) in den Genuss des Familienpasses kommen und der Ermäßigungssatz generell erhöht wird (von 50 auf 70 %).

Statt Ausbau des Familienpasses beschloss der Rat, dass die Gebühren insbesondere im kulturellen Bereich (Bücherei, VHS, Musikschule etc.) angehoben werden. Zumindest blieb es - auch auf unseren Druck hin - bei den 50 % Nachlass durch den Familienpass.

Wenn alles teurer gemacht wird, ist die Wirkung des Familienpasses natürlich jetzt geringer. Noch weniger Menschen können sich Kultur- und Bildungsangebote leisten. Es bleibt eben nicht alles beim Alten, selbst wenn die Mittel für den Familienpass selbst nicht gekürzt werden. Wir bleiben an dem Thema dran!

Bürgermeister Sommer (CDU) konnte sich nicht mit allen Plänen seines unsozialen Horrorkataloges „Haushaltssicherungsprogramm“ durchsetzen:

Das Freibad wird nicht geschlossen! Die Elternbeiträge in den Kitas steigen nicht! Und der ÖPNV wird nicht eingeschränkt! DIE LINKE wirkt!

Wir haben die Bevölkerung bereits im Februar via Presseerklärung zum Widerstand gegen die Pläne aufgerufen. Wir haben im April und Mai 10.000 Exemplare des „Linksblick“ in Lippstadt eigenhändig in die Briefkästen der Haushalte gesteckt. Wir haben Flugblätter verteilt und waren Anfang Juli mit einem Infostand in der Langen Straße und haben gegen Sozialabbau und die drohende Freibad-Schließung protestiert (Foto). Nur wenn sich gesellschaftlicher Druck aufbaut, kann Kürzungspolitik wirksam beeinflusst werden. Betroffene müssen sich dafür zusammenschließen. Der nächste Kürzungshaushalt droht bald!

Hinter den verschlossenen Türen der Verwaltung und der Haushaltssicherungskommission konnte Bürgermeister Sommer möglichst unbehelligt und geräuschlos monatelang einen über 100 Maßnahmen umfassenden Horrorkatalog an Sozialabbau vorbereiten. Die Bürgerinnen und Bürger bekamen keine Möglichkeit, sich gegen die Gebührenerhöhungen und sozial ungerechte Kürzungen (Jugenderholungsmaßnahmen, Hilfen zur Erziehung, Soziale Gruppenarbeit, Elternbeiträge Vormittagsbetreuung, ...) zu

wenden, noch waren alternative Vorschläge möglich.

DIE LINKE musste den Haushalt 2010 im Stadtrat trotz einiger Korrekturen ablehnen.

SPD, GRÜNE, FDP und „Christdemokraten“ drückten u.a. eine noch größere Kürzung beim Musikverein und beim Personal durch. Dies führt neben Stellenbesetzungs- und Beförderungssperre sowie Einschränkung der Berufsausbildung dazu, dass zusätzlich betriebsbedingte Kündigungen drohen. Die Stadt wälzt die Probleme auf den Rücken der Beschäftigten ab. Wer sich Illusionen macht, dass Sozialdemokraten und Grüne Arbeitnehmerinteressen verteidigen, der wurde bitter enttäuscht.

Die von der LINKEN beantragte Erhöhung der Gewerbesteuer hätte den ganzen Sozial-, Kultur- und Personalabbau unnötig gemacht. Dies wurde aber genauso wie die von uns beantragten Kürzungen bei Luxusausgaben wie Ehrengeschenken abgelehnt.

NEIN zu Sozialabbau!

DIE LINKE hält Wort: Kürzungen bei Kultur, Bildung, Personal und Sozialem verschlimmern Probleme und werden von uns abgelehnt.

Michael Bruns, Vorsitzender DIE LINKE. Ratsfraktion Lippstadt, Telefon 02941 244276



Burkhard Trahm

Das 60-jährige Ratsmitglied ist Maurer & Hochbautechniker. Er ist bei attac aktiv. In Lippstadt und darüber hinaus setzt er sich für den Aufbau der Erwerbslosen-Initiative aha („arbeitslose helfen arbeitslosen“) ein.

Ein ganz besonderes Anliegen sind ihm die Rechte der Kinder und das Problem der Benachteiligung von Jungen in unserer Gesellschaft. Warum waren fast alle Amokläufer Jungen? Warum fanden alle Taten in einer Schule statt oder hatten einen Bezug dazu? Dies fragt er sich auch als Vater von 4 Kindern, der jüngste Sohn grad mal zwei Monate alt!



Winfried Hagenkötter

Ich bin Winfried Hagenkötter, 41 Jahre alt und der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Stadtrat von Soest. Beruflich habe ich als Geschäftsführer des AstA der Fachhochschule Münster viel mit Finanzen, Verwaltung und Recht zu tun, was sich auch in meiner politischen Arbeit im Stadtrat widerspiegelt. Solange er nicht eingeführt ist, ist der SoestPass mein sozialpolitischer Schwerpunkt und dafür braucht man geordnete Finanzen, eine durchdachte Organisation und handhabbare Vergabekriterien.



Ruben Fenzlein

Mein Name ist Ruben Fenzlein, ich bin 22 Jahre alt und Mitglied der Linksfraktion im Rat der Stadt Soest. Ich habe bereits eine Ausbildung zum Staatlich geprüften Sozialhelfer und mein Fachabitur im Bereich Soziales und Gesundheit gemacht. Derzeit bin ich Jahrespraktikant in der Soester Landesgeschäftsstelle der BUNDjugend NRW. Besonders die ökologischen und sozialen Auswirkungen beachte ich bei jeder Abstimmung im Rat. Ich bin seit 2005 politisch aktiv.



Sorgen nehmen statt Ängste bedienen

SOEST Im Februar hat der Soester Bürgermeister den Haushalt 2010 vorgestellt und auch DIE LINKE Fraktion hat Vorschläge gemacht, wie der dramatischen Schieflage der städtischen Finanzen begegnet werden kann. Was DIE LINKE keinesfalls unterstützt, sind Kürzungen bei den Jugendeinrichtungen, an der Betreuung für unter 3-Jährige und den Öffnungszeiten der städtischen Einrichtungen.

Die Verwaltung hat viele Vorschläge unterbreitet, wie man auf Kosten von Kultur, Bildung, Familien, Kindern und Jugendlichen kürzen kann.

Kürzungspolitik ist falsch! Die BürgerInnen brauchen öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen wie Jugendtreffs, Büchereien, Museen, die VHS, Sportplätze, Kindertagesstätten und Schulen. Und jeder Mensch muss daran teilhaben können, unabhängig vom Geldbeutel.

Die Verwaltung der Stadt meint, Soest hätte ein Ausgabenproblem. Kein Problem hat der Bürgermeister damit 150.000 Euro pro Jahr für die sogenannte Stadtwache auszugeben, nur um das Sicherheitsgefühl einiger besorgter BürgerInnen zu beruhigen.

Glaubt wirklich jemand, dass die Berichte in der Presse über

nächtliche Randalen in der Innenstadt enden werden, nur weil die Stadt drei neue Hilfssheriffs einstellt?!

DIE LINKE glaubt nicht, dass Autoaufbrüche zurückgehen, denn drei neue Augenpaare können nicht alle Straßen und Parkplätze der Stadt gleichzeitig beobachten. Niemand würde ein Auto aufbrechen, wenn ein Schutzmann in Sicht kommt. DIE LINKE befürchtet, dass drei neue Wachen gar nichts bewirken werden.

Der Bürgermeister sagte während der Haushaltsverhandlungen, dass Soest arm ist und kein Geld hätte. Soest hätte keine 10.000 Euro für Kulturförderung, keine 7.000 Euro für den Jugendtreffpunkt Nord, keine 30.000 Euro für den Jugendtreff im Soester Süden. Soest sei arm, Soest hätte kein Geld: Keine 17.000 Euro für das Personal im Morgner Haus, keine 15.000 Euro zur Aufrechterhaltung der Öffnungszeiten der Bücherei, keine 85.000 Euro für den weiteren Ausbau für die Betreuung unter 3-Jähriger.

Aber Soest scheint immerhin so reich zu sein, dass es sich drei neue Ordnungshüter für 150.000 Euro im Jahr leisten kann!

Und nicht nur das, denn die Stadt Soest gibt bereits jetzt über 100.000 Euro im Jahr für

das private Sicherheitsunternehmen „Soest Protect“ aus, um die Innenstadt zu bewachen (und Krähen zu verscheuchen)!

Die Verwaltungsspitze und CDU, BG und FDP weigern sich die kommunalen Steuern zu erhöhen. Die Grundsteuer ganz leicht anzuheben ist für sie gerade noch machbar.

Aber was ist mit der Gewerbesteuer? Auch für die Gewerbetreibenden ist eine lebendige und zukunftsfähige Stadt mit einer guten Infrastruktur unverzichtbar. Effiziente öffentliche Dienstleistungen und gute Einrichtungen im Bereich Soziales, Kultur, Bildung, Jugend und Sport sind Grundlage ihres geschäftlichen Erfolges. Weiche Standortfaktoren nennt man so etwas. Und dafür benötigt man eine effiziente und hoch motivierte Verwaltung. Für all das braucht eine Kommune Einnahmen und die Soester Gewerbetreibenden haben die starken Schultern, um sich an den Kosten des Gemeinwesens zu beteiligen.

Also Schluss mit der Stadtwache und her mit der Gewerbesteuer!

Winfried Hagenkötter, Vorsitzender DIE LINKE. Ratsfraktion Soest, Telefon 02921 3190664

Visionen für die Zukunft Warsteins

WARSTEIN Auch wenn DIE LINKE nur mit einem Ratsmitglied und einem Sachkundigen Bürger in den Gremien der Stadt Warstein vertreten ist, brechen wir doch verkrustetes Denken in der Lokalpolitik auf.

Ein Thema, das uns neben dem Trinkwasserschutz weiter beschäftigen wird, ist die Zukunft Warsteins. Hier hat der Ortsverband der LINKEN seine eigenen Vorstellungen entwickelt.

Warstein muss in Schwung kommen! Ob aber das vorgelegte Konzept „Neue Mitte“ der Firma Böninghoff der große Wurf ist, da haben wir doch starke Zweifel. Warum muss ein intaktes Rathaus komplett abgerissen werden? In zentraler Lage sind alle Dienststellen an einem Ort! Es wäre teuer und wenig sinnvoll Räume in dem neuen Glaspalast anzumieten und an gleicher Stelle vorhandene eigene Räume abzureißen. Ebenso wenig sinnvoll wäre es, in andere übers Stadtgebiet verstreute Gebäude der Stadt umzuziehen.

Aus unserer Sicht würde die „Neue Mitte“ nur Sinn ergeben, wenn man ein Gesamtkonzept aus Umgehungsstraße, Steinentlastungsstraße, innerstädtischer Straßenverlegung und Rissegelände umsetzen würde.

Nur einen Glaspalast zu bauen, den Steinabbau genauso weitermachen zu lassen wie bisher und die B55 ungehindert direkt daran vorbei zu führen, ist kontraproduktiv.

Wir stellen uns folgendes vor:

- Das vorhandene Rathaus genauso wie die Apotheke integrieren.
- Die B55 verlegen, aber nicht wie geplant als Tunnellösung (die würde sowieso nie kommen!), sondern sie auf der Trasse der innerstädtischen Entlastungsstraße durchs Rissegelände führen und bei Mestermann wieder rauskommen lassen.
- Die Bahntrasse parallel zur Straße verlegen.
- Das Rissegelände als grüne Insel mit Wasserläufen und der Steinwand im Rücken ausbauen und einen Lärmschutzwall zur B55n aufbauen.
- Die B55 (alt), die ja dann verkehrsfrei würde, als Fußgängerzone ausbauen.
- Eine Steinentlastungsstraße bauen und den noch verbleibenden Steintransport bis zum vollständigen Abbauende nur noch auf dieser Straße und der WLE-Trasse abfahren lassen!

Wenn man diese Punkte berücksichtigt wird das Bauvorhaben „Neue Mitte Warstein“ eine runde Sache.

Unsere Vision geht aber noch viel weiter, wir wollen Warstein als das „Venedig des Sauerlandes“ wieder auferstehen lassen und für den Tourismus attraktiv machen.

Hierzu gehört, die Range aus den Betonfesseln zu befreien und

freizulegen und die Steinbrüche als „Karl May Landschaften“ zu öffnen, die als renaturierte Reservate durchwandert werden können. Kletterfelsen zu erschließen, die dann auch Menschen aus den Niederlanden nach Warstein locken würden!

Wenn man sich vorstellt, diese zur Zeit von der Steinindustrie gequälte Stadt hätte eine Fußgängerzone vom LINKE-Büro bis zur Dieplohstraße mit einem Park auf dem Rissegelände, dem Bullerteich, der freigelegten Range und einem großen Kaufhaus in der „Neuen Mitte“. Etwas außerhalb, die „Karl May Landschaften“ und Kletterfelsen.

Dies alles wäre allemal schöner und kostengünstiger als eine trinkwassergefährdende Tunnellösung!

Wir, DIE LINKE. Ortsverband Warstein, möchten gerne erfahren, was die Warsteinerinnen und Warsteiner von unserem Vorschlag zur Zukunft Warsteins halten.

Darum haben wir auf unserer Homepage eine Umfrage eingestellt. Es wäre schön, wenn sich viele Leserinnen und Leser dieser Zeitung beteiligen würden!

<http://www.dielinke-warstein.de/Li/Umfrage>

Sie können uns auch gerne Ihre Meinung schreiben oder anrufen.

Der SprecherInnenrat DIE LINKE. Warstein: Christel Spanke, Norbert Romeike, Hans-Otto Spanke und Manfred Weretecki, Telefon 02925 3311



Hans-Otto Spanke

Hans-Otto Spanke ist das momentan einzige Ratsmitglied der LINKEN in Warstein. Er ist verheiratet, Vater von 3 Kindern und nicht mehr als Berufskraftfahrer tätig.

Hans-Otto ist in Warstein aufgewachsen und dann in die Welt hinausgezogen: Er hat in Berlin Häuser besetzt, Arbeitskollektive gelebt, Genussskollektive auf Fabriktagen ohne Wände gelebt und hat als Segler den Atlantik unter den Planken gehabt.

Er ist Mitglied von attac. Er liest gerne kritische Literatur des frühen 20. Jahrhunderts wie von Kurt Tucholsky.

Sein Ziel ist immer wieder „gemeinsam, hierarchiefrei, gleich, vielfältig und lustvoll“ Politik realitätsnah umzusetzen.

Dass der Stadtrat sich einstimmig hinter die Wasserdemo stellte und so erstmals Position bezog, war auf die Initiative von Hans-Otto zurückzuführen.

Kontakt: Telefon 02902 51743



Linke Geister inspirieren das Land.

Bei uns können Sie Visionen haben
und niemand schickt Sie zum Arzt.

Mitmachen! Mitglied werden!

Telefon 030 240 09 555 oder 02925 33 11

www.die-linke-kreis-soest.de/service/mitglied_werden/

DIE LINKE.



Overbergschule in Werl

Abstimmung mit den Füßen

WERL Der Schock der Schulverwaltung in Werl war groß als die Anmeldezahlen für die weiterführenden Schulen (Hauptschule und Realschule) 2010 feststanden. Immer mehr Eltern weichen der dreigliedrigen Schullandschaft in Werl aus und melden ihre Kinder in den Gesamtschulen der Nachbarstädte Soest, Hamm und Unna an.

Der Petri-Hauptschule musste sogar eine Sondererlaubnis der Bezirksregierung Arnsberg erteilt werden, weil es nur 13 Anmeldungen für die 5. Klasse als Eingangsstufe gab. Auch in der Overberg-Hauptschule sind die Anmeldezahlen rückgängig, wenn auch nicht ganz so dramatisch. An der städtischen Realschule sind fast 40% weniger SchülerInnen als vor einem Jahr

angemeldet worden. Die Prognosen der Stadtverwaltung für die kommenden 10 Jahre zeigen, dass die SchülerInnenzahlen weiter sinken werden. Hierbei ist nicht berücksichtigt, wie viele Kinder auf die Gesamtschulen in den Nachbarstädten ausweichen werden. Eine Umfrage des Soester Anzeigers hat ergeben, dass 70% der Werler Bürgerinnen und Bürger sich für eine Gesamtschule aussprechen.

Unsere Gesellschaft teilt sich in atemberaubender Geschwindigkeit in Oberschicht und Unterschicht, dieses insbesondere auf der Bildungsebene. Die Pisa-Zahlen für Deutschland belegen, dass der spätere Bildungs- bzw. Berufserfolg eines Kindes zu 64 % von seiner sozialen Herkunft abhängt. Das mehrgliedrige

Schulsystem fördert übermäßig die höheren Bildungs- und Einkommenschichten. Besonders Kinder und Jugendliche aus sozial und/oder ökonomisch benachteiligten Familien landen dagegen oft schon früh auf den bildungspolitischen Abstellgleisen.

DIE LINKE. Werl fordert eine Ganztags-Gemeinschaftsschule, eine Schule für alle Kinder. Wir wollen, dass alle Kinder frühzeitig gemeinsam mit anderen Kindern aufwachsen, sich gemeinsam entwickeln und gemeinsam lernen können, unabhängig von ihrer sozialen oder ökonomischen Herkunft.

Ali Kaya, Ratsmitglied für DIE LINKE in Werl und Vorsitzender des Ortsverbandes, Telefon 02922 912217



Matthias Fischer

Matthias Fischer ist gelernter Diplomsozialpädagoge und Sozialarbeiter. Der 38-Jährige ist Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Werler Stadtrat. Er streitet für einen grundlegenden, sozial- und wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel auch auf kommunaler Ebene, von dem alle Bürgerinnen und Bürger profitieren. Es muss Schluss sein mit dem ewigen „Links reden aber gleichzeitig Rechts verdienen!“ Transparenz und Ehrlichkeit statt altem Rats-Filz und Günstlingswirtschaft!



Ali Kaya

Der 43-jährige gelernte Metallbauer ist alleinerziehend (1 Kind). Er ist Vorsitzender des Werler Ortsverbandes, Mitglied des Kreisvorstandes der LINKEN und Ratsmitglied. Dort und im Schulausschuss streitet er dafür, dass Werl eine Gesamtschule bekommt, damit alle Schülerinnen und Schüler gleiche Zukunftschancen erhalten. Werl braucht zudem ein eigenes Jugendamt, weil der Kreis die Außenstelle des Kreisjugendamtes in Werl schließt.

Miethammer für die Ärmsten droht



25 Quadratmeter mit Kreide verdeutlicht

WERL Hartz-IV- und GrundsicherungsempfängerInnen droht ein Miethammer. Nach der Empfehlung einer Expertengruppe des Arbeitsministeriums sollen die Kommunen künftig selbständig in Satzungen bestimmen, welche Mietkosten sie Hartz-IV- und GrundsicherungsempfängerInnen bezahlen. So könnte der Wohnungsanspruch für Alleinstehende auf nur 25 Quadratmeter beschränkt werden. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung hervor. Derzeit gilt ein Richtwert von 45 Quadratmetern. Zahlreiche Betroffene wären gezwungen eine andere Wohnung zu suchen. DIE LINKE kritisiert, dass die Zuständigkeit auf die kommunale Ebene abgeschoben werden soll, statt dass der Bund seiner Verantwortung nachkommt. DIE LINKE. Werl sagt NEIN zum Sozialabbau und leistet auf kommunaler Ebene konsequent Widerstand gegen diese Pläne!

Bärbel Prünke, Vorsitzende der LINKEN in Werl

Bildungsgutscheine sind eine Zumutung



KREIS SOEST Die Bundesregierung plant, Bildungsgutscheine für Kinder und Jugendliche aus Hartz IV beziehenden Haushalten in Form von Bildungschipkarten einzuführen. Das Bundesverfassungsgericht hatte festgestellt, dass die Leistungen für Bildungs- und Vereinsaktivitäten nicht angemessen in den Hartz IV-Sätzen berücksichtigt werden und eine Korrektur gefordert. Bis zu 200 Euro sollen von Hartz IV betroffenen Familien mit den Gutscheinen für Bildungs- oder Vereinsaktivitäten zur Verfügung stehen.

Bildungsgutscheine zu verteilen ist ein Schlag ins Gesicht für die betroffenen Eltern und Kinder. Sie machen Hartz IV beziehende Familien zu Familien zweiter Klasse, die angeblich das ihnen zur Verfügung stehende Geld für alles

Mögliche ausgeben, nur nicht für ihre Kinder. Ministerin von der Leyen knüpft mit ihrem Vorschlag nahtlos an die beleidigenden Äußerungen ihres Parteikollegen Mißfelder an. Der verkündete vor einiger Zeit, eine Erhöhung von Hartz IV sei ein ‚Anschub für die Tabak und Spirituosenindustrie‘. Vielleicht sollte man Mißfelder und von der Leyen statt der nächsten Diätenerhöhung Gutscheine für soziale Kompetenz zukommen lassen?

Die Bundesregierung ist gerichtlich dazu gezwungen worden, mehr Bildungschancen zu ermöglichen. Dass sie dies dazu nutzt, um weiter Stimmung gegen sozial Benachteiligte zu machen ist nichts Neues. Dabei gehen die Zumutungen weiter. Das schwarz-gelbe Sparpaket sieht vor, das Elterngeld für

Hartz IV-BezieherInnen zu streichen, während die Reichen weiter geschont werden. Gegen diese Klientelpolitik muss es breiten Widerstand geben. Was Kinder brauchen, sind ein umfangreiches Angebot an Kultur, das wurde aber durch die staatlichen Kürzungen in den letzten Jahren immer weiter kaputt gemacht. In ganzen Regionen gibt es keine Schwimmbäder oder öffentliche Sportmöglichkeiten mehr, sogar Schulen werden geschlossen und die Schulwege so verlängert. Deswegen werden wir die zahlreichen Aktionen gegen die Kürzungspläne unterstützen und rufen dazu auf, der Regierung einen Strich durch die Rechnung zu machen!

Linksjugend [´solid] im Kreis Soest

Kontakt: Ruben Fenzlein, Telefon 02921 84256

Die Regulierung der Drogenmärkte ist nötig

KREIS SOEST / NRW Die 40 Jahre währende Drogenverbotspolitik ist gescheitert, sie ist schädlich und teuer! Der „Krieg gegen die Drogen“ hat es nicht geschafft, den Markt illegalisierter Substanzen zu reduzieren. Die repressive Drogenpolitik kostet Abermillionen Euro und fördert Kriminalität und mafiöse Strukturen.

Der Staat gibt mit der Drogenprohibition seine Kontrolle über Verfügbarkeit und Reinheit von Drogen auf. Eine Regulierung der Drogenmärkte durch eine grundsätzliche Entkriminalisierung der KonsumentInnen und einem legalen Zugang zu den Substanzen ist notwendig!

Menschen mit problematischem Drogenkonsum brauchen Hilfe. Die überwiegende Zahl der DrogennutzerInnen lebt ein normales Leben. Die repressive Drogenpolitik schafft Probleme für die NutzerInnen wie Verunreinigungen, drohende Strafverfolgung, Führerscheinentzug, Geld- und Haftstrafen, Arbeitsplatz- und Wohnungsverlust.

CDU/FDP haben 2007 die Ei-

genbedarfgrenzen verschärft und die „geringe Menge“, bis zu der die Staatsanwaltschaft in der Regel Verfahren gegen CannabiskonsumentInnen einstellen soll, von 10 auf 6 Gramm Haschisch und Marihuana herabgesetzt. Die Folge war, dass die Zahl der Verfahren 2008 um 24,8 Prozent stieg. Zudem sollten Verfahren gegen Jugendliche nicht mehr ohne Auflagen eingestellt werden. Die Regelung kam einer Kriegserklärung an große Teile der Bevölkerung gleich. In NRW konsumieren etwa 850.000 Menschen zumindest gelegentlich Cannabis.

Im Koalitionsvertrag der neuen rot-grünen Minderheitsregierung heißt es nun: „Um die Justiz zu entlasten und Gelegenheitskonsumentinnen und -konsumenten zu entkriminalisieren, werden wir die Eigenbedarfgrenzen wieder auf den Stand 2007 anheben.“

HanffreundInnen können diesen Beschluss der rot-grünen Koalitionäre aber nicht gerade als besonderen Erfolg feiern. Es wird weiter tausende Strafverfahren gegen Cannabiskonsu-

mentInnen geben. Auch künftig werden normale Menschen verurteilt werden, die lieber Hanf rauchen als Bier oder Schnaps zu trinken. Als Wende in der Drogenpolitik kann man es jedenfalls nicht bezeichnen, die Repressionen bleiben. Trotz dieser nur minimalen Verbesserung toben die Konservativen wie der heimische Landtagsabgeordnete Werner Lohn (CDU).

DIE LINKE hätte auch eine weitergehende Reform begrüßt. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Anna Conrads sagt: „Notwendig ist zudem eine Legalisierung von Cannabis, um den Besitz, Erwerb, Anbau und Handel unter Berücksichtigung des Jugendschutzes zu ermöglichen. Denn wer Drogen kriminalisiert, gefährdet jugendliche User. Gesundheitsschutz ist im Schatten des Schwarzmarktes nicht möglich.“

Martin Rediker, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Drogenpolitik der LINKEN in NRW, martin.rediker@dielinke-drogenpolitik.de, Telefon 02941 59409





Wohin? Für Wen? Warum?

Eine Partei braucht ein Grundsatzprogramm

KREIS SOEST DIE LINKE hat sich 2007 aus der Linkspartei.PDS und der WASG gebildet. Gleichzeitig gab sich die neue Partei mit den „Programmatischen Eckpunkten“ eine erste Richtung vor. Diese Eckpunkte waren noch nicht bis ins Letzte ausdiskutiert. Ein umfangreiches Grundsatzprogramm musste warten bis die anstehenden Wahlkämpfe abgeschlossen waren.

Jetzt, 2010 ist dieser Punkt erreicht und im März wurde ein erster Entwurf vorgestellt, der seitdem in der Partei diskutiert wird. Im Herbst 2011 soll dann ein Grundsatzprogramm endgültig vom Bundesparteitag und durch eine Urabstimmung

aller Mitglieder beschlossen werden.

Die Diskussionen laufen, es ist noch ein Jahr Zeit. In den Orts- und Kreisverbänden, auf regionalen Konferenzen mehrerer Landesverbände zusammen sowie bundesweiten Kongressen diskutieren Mitglieder sowie Interessierte aus sozialen Bewegungen über die Ziele der LINKEN.

Wer Interesse an dem ersten Programmentwurf hat, kann ihn in unser Geschäftsstelle in der Thomästraße 11 in Soest bekommen oder auf der Homepage herunterladen unter <http://die-linke.de/programm/programmentwurf/>

WAS IST LINKS?

Wie in allen Parteien sind auch in der LINKEN die politischen Vorstellungen bunt und vielschichtig. Wir haben im Kreis Soest in der Mitgliedschaft und bei Freunden gefragt, was eigentlich unter „politisch links“ verstanden wird – oder was persönlich für das Programm als wichtig empfunden wird:

Leben und leben lassen!
(Norbert Romaike, Warstein)

Ich möchte mich dafür einsetzen, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinander geht. Solange in Deutschland drei Millionen Kinder in Armut leben ist etwas nicht in Ordnung in Deutschland. (Klaus Marke, Lippstadt)

Für mich bedeutet „links“ das Festhalten am Sozialstaat.
(Margret Schacht, Geseke)

Für mich bedeutet links, der Kampf für den Erhalt und Ausbau von Grund- und Bürgerrechten ALLER Menschen. (Dirk Koch, Erwitte)

DIE LINKE muss in ihrem Programm die Interessen der abhängig Beschäftigten, Erwerbsarbeitslosen, ihrer Familien, Studierenden und Auszubildenden zusammenfassen und dafür auf allen Ebenen und außerhalb der Parlamente streiten. In der Geschichte hat insbesondere eine starke Arbeiterbewegung soziale Sicherheitssysteme und Freiheiten erungen. DIE LINKE muss Teil dieser Kämpfe sein! (Michael Bruns, Lippstadt)

Jeder Mensch sollte möglichst angstfrei leben können. Links kämpft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und eine heile Umwelt. Angstfreiheit wird von allen anderen Parteiengarnicht gewollt. (Christel Spanke, Warstein)

Linkssein heißt für mich, dass alle Menschen in der Gesellschaft, vor der Justiz und vor Gott gleich sind - unabhängig ihrer ethnischen, religiösen, wirtschaftlichen Situation bzw. Herkunft. Auch Außenseiter einer Gesellschaft

wie Straftäter zählen für mich dazu. (Iris Fenzlein, Soest)

Links bedeutet Toleranz gegenüber anderen, Solidarität mit Schwächeren und Widerstand gegen Ungerechtigkeit. (Dirk Wilkens-Hagenkötter, Soest)

Ich bin in der LINKEN, weil sie sich für Frieden und Abrüstung und gegen den Einsatz der Bundeswehr im Ausland einsetzt. Konsequenterweise wird dazu der Austritt aus der NATO gefordert. (Ernst Klingen, Lippstadt)

Ich wünsche mir eine Verfassung mit Volksabstimmungen und weniger „Parteien“-Staat. Auch Kirchen dürfen nicht mehr Rechte haben als eingetragene Vereine. DIE LINKE soll sich auch weiterhin für die völlige Trennung von Staat und allen Religionen einsetzen. (Uwe Torsten Lehmann, Lippstadt)

Links sein heißt ... erreichen zu wollen, dass es nicht mehr zweierlei Menschen gibt. (Paul Georg Lisztewink, Soest)

Links sind für mich die Werte der Französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die in dieser Gesellschaft, in der die Kapitalbesitzer im wesentlichen das Sagen haben, nicht eingelöst sind. Dabei denke ich auch an das asoziale Hartz-IV-Regime, dem Erwerbslose unterworfen sind, oder auch an die Kriminalisierung von Gebrauchern illegalisierter Drogen wie Cannabis. (Martin Rediker, Lippstadt)

Links zu sein, ist für mich, sich für eine gerechtere und menschlichere Gesellschaft einzusetzen und das in der Tradition der sozialistischen Vordenker Rousseau, Hegel, Kant, Marx, Lenin und Lassalle. (Gerhard Meerkamm, Soest)



Leiharbeit zurückdrängen!

KREIS SOEST Die Leiharbeit im Kreis Soest ist im letzten Jahrzehnt von wenigen hundert Beschäftigten auf mehrere tausend angestiegen. In der Leiharbeit bekommen die Beschäftigten in der Regel 35 bis 50 Prozent weniger Lohn als die vergleichbare Stammbeslegschaft. Diese ungerechten Leiharbeitslöhne müssen oft mit Hartz-IV-Aufstockungsleistungen erhöht werden, damit sie das Existenzminimum decken. Jährlich sind das derzeit bundesweit 530 Millionen Euro vom Staat, mit denen die Entleihbetriebe und Leiharbeitsunternehmen subventioniert werden.

Die Liberalisierung der Leiharbeit 2004 durch die rot-grüne Bundesregierung hat die Löhne gedrückt, den Kündigungsschutz ausgehöhlt, die Gewerkschaften geschwächt und der Kaufkraft geschadet. Was bei Schlecker als Skandal wahrgenommen wird, ist leider kein Einzelfall.

Von 2007 bis 2009 hat sich beim Lippstädter Automobilzulieferer Hella laut dem letzten Geschäftsbericht die Anzahl der fest angestellten MitarbeiterInnen um 2600 verringert. Es werden statt dessen Leiharbeitsbeschäftigte in den Betrieb geholt. Hella unterhält dazu ein eigenes Verleihunternehmen „avitea“, welches damit wirbt dauerhaft einen größeren Teil der Belegschaft in Leiharbeit umzuwandeln.

Ein Kollege bei Hella vermutet, dass schon über 20 % der Beschäftigten in der Produktion von Leiharbeitsfirmen kommen.

DIE LINKE fordert gleiches Geld für gleiche Arbeit. Gleichzeitig müssen die Leiharbeitsunternehmen die Beschäftigten länger als für eine Verleihdauer einstellen. Wir fordern einen Mindestlohn für die verleihfreie Zeit und eine Flexibilitätsprämie. Betriebsräte müssen ein erweitertes Zustimmungsverweigerungsrecht für den Einsatz von Leiharbeit bekommen.



Die Politik muss der Leiharbeit den Riegel vorschieben!

Statt dessen droht mit dem Gesetzentwurf der Arbeitsministerin von der Leyen (CDU) die Umwandlung von mindestens

einer Million Arbeitsplätze von Stamm- in Leiharbeitsplätze.

Arbeitsgemeinschaft „betrieb & gewerkschaft“ der LINKEN im Kreis Soest, Telefon 0170 7545045



Hartz IV muss weg!

KREIS SOEST Hartz IV muss weg! Residenzpflicht bedeutet das Ende der Freizügigkeit, die Stallpflicht für unter 25-Jährige bedeutet Wegfall der Volljährigkeit, massenhafte sinnentleerte Maßnahmen bedeuten Zwangsarbeit zur Disziplinierung und für die Sozialkonzerne jede Menge Geld der Bundesagentur, die so die Arbeitslosenversicherungsbeiträge abzocken.

Inzwischen sind die neuen Sozialkürzungen, die die schwarzgelbe Regierung gegen Erwerbslose exekutieren will, bekannt:

- Wegfall des Zuschlages nach dem ALG-I-Bezug (richtigerweise im Volksmund „Armutsgewöhnungszuschlag“ genannt)

- Wegfall der Rentenversicherungsbeiträge für ALG-II-BezieherInnen
- Wegfall des Elterngeldes

Die Kommunen sollen künftig selbst bestimmen welche Wohnungsgröße als angemessen gilt. Das kann bedeuten: 25 qm für einen Einpersonenhaushalt sind ausreichend. Also, je nach Kassenlage der Kommunen wird rigoros gekürzt. Hinzu kommen die Kürzungen, die Kommunen wegen ihrer katastrophalen Haushaltslage vornehmen (Wegfall von verbilligten Fahrpreisen, Eintritt etc.).

Bei der Neubestimmung der Hartz-IV-Regelsätze werden willkürlich Bedarfe gestrichen

und es wird mit der Statistik getrickst. Die Sätze für Kinder müssten danach sogar gekürzt werden. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bleibt unmöglich.

Blickt man auf die lokale Ebene im Kreis Soest ist festzustellen, dass die hier zuständige Behörde „Arbeit Hellweg Aktiv“ (AHA) in häufig rechtswidriger Weise eine asoziale Kürzungspolitik gnadenlos durchexerziert!

So weigert sie sich zum Beispiel häufig, die tatsächlich anfallenden Heizkosten zu übernehmen, obwohl sie dies gemäß § 22 SGB II tun müsste. Mit der Bearbeitung des Widerspruches lässt sich die AHA aber

ein halbes Jahr Zeit bis kurz vor Ablauf der Frist für eine Untätigkeitsklage. Auf ein Verfahren vor dem Sozialgericht lässt sie sich nicht ein, weil von vorne herein klar ist, dass sie dort verlieren würde.

Die Betroffenen müssen allerdings knapp 6 Monate auf das ihnen zustehende Geld warten. Wenn dieses Verhalten seitens der Behörde keine gewollte, miese asoziale Schikane ist, was ist es dann?

Wir von der „Arbeitsgemeinschaft Hartz IV“ der LINKEN im Kreis Soest können eine Begleitung zur AHA vermitteln: Telefon 0151 56613861

TERMINE ** SIE SIND HERZLICH EINGELADEN ** TERMINE **INTERESSIERTE WILLKOMMEN **

Mittwoch 27.10.2010 19:30 Uhr

KREISPARTEITAG**Zu Gast: Hubertus Zebel,
Sprecher DIE LINKE. NRW**

Ort: Thomästraße 11, 59494 Soest

Samstag 13.11.2010 in Dortmund

>>Sozial geht anders!<<

Demonstration gegen das Sparpaket der Bundesregierung, „Gesundheitsreform“, Sozialabbau und Leiharbeit

Mittwoch 24.11.2010 19:00 Uhr

**LINKS TRIFFT SICH zum Thema
HARTZ IV mit Frank Jäger,
Sozialrechtsexperte und Mitau-
tor des Leitfadens zum ALG II**
Ort: Thomästraße 11, 59494 Soest

Dienstag 30.11.2010 19:00 Uhr

**LINKS TRIFFT SICH mit MdL
Anna Conrads, Innenpolitische
Sprecherin DIE LINKE. Fraktion
im Landtag NRW**

Ort: Thomästraße 11, 59494 Soest

DIE LINKE in Aktion...**Sparpaket zurück an Absender!**

DIE LINKE im Kreis Soest erteilt dem Sparpaket der Bundesregierung eine Absage. Annahme verweigert!

Wir wollen keine Kürzungen bei den ALG-II-EmpfängerInnen, keine

Steichung des Elterngeldes, keine Wohngeld-Kürzung, kein Lohndumping und nicht noch mehr Leiharbeit. Wir sind gegen Krankenkassen-Zusatzbeiträge und Rente erst ab 67! Wir wollen keinen Personalabbau und keine Gesetzentwürfe direkt aus der Feder der Wirtschaftslobbyisten - egal ob für Hoteliers, Bankiers, Atom- oder Pharmaindustrie.

Wir fordern, dass die Verursacher der Krise für die Kosten zahlen! Wir wollen eine Millionärssteuer statt Sozialabbau! Sparen soll man sich den Afghanistankrieg! Unsere Aktion soll der Auftakt sein für einen heißen Herbst mit vielen Betroffenen, Gewerkschaften und Verbänden gegen die Kürzungspolitik von Schwarz-Gelb!

DIE LINKE fordert Elterngeld für alle, die bedarfsgerechte Neuberechnung des Arbeitslosengeldes II, 500 Euro Regelsatz sofort, eine eigenständige Kindergrundsicherung, das Zurückdrängen der Leiharbeit, Rente mit 65 oder früher, die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung ohne Zuzahlungen und den sofortigen Atomausstieg!

Linksblick

Zeitung für den Kreis Soest

Lippstadt - Soest - Warstein - Werl

www.die-linke-kreis-soest.de

DIE LINKE.**Impressum**

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Soest, Thomästraße 11, 59494 Soest, Telefon: 02921 6710633, www.die-linke-kreis-soest.de, E-Mail: die-linke-kreis-soest@email.de
V.i.S.d.P.: Manfred Weretecki, Kreisvorsitzender

Satz und Layout: Michael Bruns

Redaktion: Michael Bruns, Dirk Wilkens-Hagenkötter

Fotos: DIE LINKE, DIE LINKE. NRW, Linksfraktion im Bundestag; privat: u.a. Michael Bruns, Bärbel Prünke, Gisbert H. Drignat, R. T.-U.; isw-muenchen.de (Seite 4 unten); Christel Spanke (Seite 7 unten); flickr.com: Magne Haagen (Seite 3), puppet-master (Seite 4), Steve Rhodes (Seite 6), floesyplantas.net (Seite 9 unten), Jaume d'Urgell (Seite 9 oben), FWnetz (Seite 11 oben)

Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 16.09.2010, am 07.10.2010 teilweise aktualisiert

Druck: Nord-Ost-Druck GmbH

Auflage dieser Ausgabe: 50.000 Exemplare (Teilaufgabe ist Beilage der „Lippstadt am Sonntag“ in Lippstadt und Erwitte)